

# Statt Tomaten mehr Restwasser in die Rhone!

Autor(en): **Marti, Kurt**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(1999)**

Heft 3: **Wege aus der Treibhausfalle**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586711>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Statt Tomaten mehr Restwasser in die Rhone!

**Die Gebirgskantone wollen Geld für die Erneuerung und Sanierung ihrer Wasserkraftwerke. Die Finanzierung soll eine Abgabe auf fossilen und atomaren Energieträgern sichern. Die aktive Eigenleistung der Gebirgskantone allerdings ist mager. Wenn es um angemessene Restwassermengen, um das Projekt Ökostrom oder um den Atomausstieg geht, bleibt das Echo aus den Alpenkantonen eigenartig stumm. Ein energiepolitischer Augenschein im Kanton Wallis.**



Von Kurt Marti,  
Redaktor von  
*Energie & Umwelt*

Am 5. Juli dieses Jahres machte Irene Aegerter, Vize-Direktorin des VSE, im "10 vor 10" des Schweizer Fernsehens eine Bemerkung, welche die Kantonsregierungen in Sitten, Altdorf und Chur hätte ärgern müssen. Die SES hatte zuvor vorgerechnet, dass die Schweiz im Sommer den Strom aller fünf Atomkraftwerke zu Dumpingpreisen ins Ausland verkauft und dabei 500 Millionen drauflegt. Die Zeche bezahlen die StromkundInnen und die Wasserkraftwerke. Letztere subventionieren den Atomstrom und konkurrenzieren sich dadurch selbst.

Trotz dieser Tatsachen hatte Irene Aegerter vom VSE den Mut zu folgender Aussage vor laufender Kamera: "Im Sommer können wir ja die zusätzliche Wasserkraft ins Ausland exportieren. Ich gebe zu, nicht mehr zu so guten Preisen wie auch schon." Aus dem Munde der Atom-Kommunikatorin erstaunt dies nicht. Erstaunlich ist, dass das Echo aus den Alpen ausblieb. Keine der Kantonsregierungen regte sich auf über diese Umkehrung der Vorzeichen.

### Statt hohle Hand, aktive Strategie

Das neue Bewusstsein der Wasserkraft in den Gebirgskantonen ist noch schwach und beschränkt sich im Moment auf das Abholen von Geldern für unrentable Wasserkraftwerke, welche trotz des Widerstandes der Umweltorganisationen

und wider alle ökologische und ökonomische Vernunft durchgeboxt wurden. Beispiele sind die Bündner Kraftwerke Ilanz I und II und die Atomstromveredelungszentrale Grande Dixence. Zwar stimmen die Gebirgskantone einer Energieabgabe zu, weil ein Teil des Ertrages in die Wasserkraft fliesst. Doch das ist ein bisschen mager. Eine Energiepolitik im Interesse der Wasserkraft erfordert nicht nur eine hohle Hand, sondern vielmehr eine aktive Strategie.

Einen ersten Schritt in Richtung nachhaltige Energiepolitik hat der Kanton Wallis mit der Einführung des Minergie-Standards getan. Doch unter dem Deckmantel der Minergie hat der Walliser Staatsrat erstaunlicherweise ein breites Wärmepumpen-Programm vorgeschlagen und damit ganz offen ein Stromabsatzprogramm

### Ökostromlabel ohne die Gebirgskantone

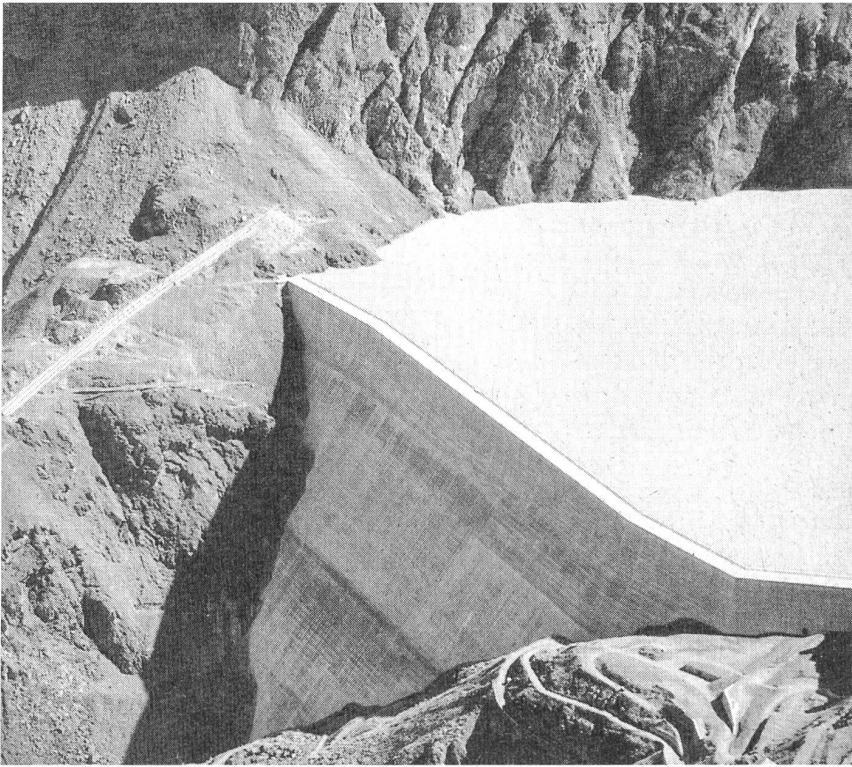
Am 1. September wurde der Verein für ein Ökostromlabel gegründet. Im Vorstand sind die Elektrizitätswirtschaft, die Umwelt- und KonsumentInnenorganisationen paritätisch vertreten. Die Gebirgskantone bleiben draussen. Sie waren offenbar nicht in der Lage, eine valable Person zu delegieren. Die Kriterien für Ökostrom aus Wasserkraft werden zur Zeit von der Eidgenössischen Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (EAWAG) entwickelt. Ein weiteres Forschungsprojekt an der Hochschule St. Gallen befasst sich mit den Marktchancen von Ökostrom jenseits der Nische. Die Ergebnisse sind in einem Buch zusammengefasst, das demnächst erscheint.

lanciert. In seiner Botschaft an den Walliser Grossen Rat heisst es, dass die Walliser Elektrizitätsgesellschaft (WEG) "ein grösseres Sanierungsproblem am Hals" habe. Die WEG steht mit rund 300 Millionen in der Kreide, weil der Kanton der Alausuisse für deren sommerlastige Bandenergieproduktion einen völlig überrissenen Preis bezahlte. Der heutige Energiedirektor Thomas Burgener hatte sich damals (1993) als SP-Grossrat dagegen gewehrt und muss heute die Suppe auslöffeln.

Auf den Artikel im "Energie & Umwelt" 4/98 mit dem Titel "Bodemanns Minergie-Rechnung geht nicht auf" reagierte der Walliser Staatsrat mit folgender Fussnote in seiner Botschaft ans Kantonsparlament: "Dieser Ansatz wird von Seiten gewisser Umweltschutzorganisationen kritisiert. Sie haben den Eindruck, dass der Strom im Rahmen von WKK-Anlagen erzeugt werden sollte, damit die Atomkraftwerke schneller ausgeschaltet werden können. Ein solcher Ansatz mag schweizerisch Sinn machen, nicht aber in einem Kanton, der 250 Millionen kWh Elektrizität unter den Gesteungskosten absetzen muss." Gegen diese Abschottung hat die Region Brig-Östlich Raron und die Energieberatungsstelle Brig-Aletsch in ihrer Vernehmlassungsantwort klar Stellung bezogen. Die reine Wärmepumpenstrategie werde "zu Engpässen führen, die weitere AKWs unabdingbar machen." In der zweiten Fassung der Botschaft fehlt die unsägliche Fussnote. Die Sanierung der WEG mittels Wärmepumpen allerdings bleibt in der Botschaft. Eine Frage bleibt: Seit wann laufen Wärmepumpen im Sommer?

### Atomare Signale aus Sitten

Die Walliser Regierung vergisst mit dieser defensiven Haltung, dass der Kanton Wallis auch aktiv etwas tun muss, um seine 10'000 GWh Strom im Jahr zu guten Preisen abzusetzen. Der Stromüberschuss in Europa und die Konkurrenz durch grosse Gaskombikraftwerke lassen keinen Zweifel offen: "Der offene Strommarkt ruft nach kreativem Verhalten", wie



Atomstrombatterie "Grande Dixence"

dies Walter Hauenstein, der neue Direktor des Schweizerischen Wasserwirtschaftsverbandes, in der NZZ fordert. Sein Verweis auf die Potenziale der Wasserkraft als Ökostrom müssten auch die Gebirgskantone gehört haben. Und richtigerweise hat er auch auf die ökologischen Probleme der Wasserkraft hingewiesen, die es zu beseitigen gelte. Doch aus den Alpen sind nur Beteuerungen zu hören, dass der Alpenstrom doch schon heute Ökostrom sei oder dass Ökostrom sowieso nur "etwas für Minderheiten" ist. Dieser Ansicht ist der Chef der Dienststelle für Wasserkraft im Wallis, Pierre-Benoît Raboud, der in den letzten Jahren mit dem Segen des damaligen Energiedirektors Wilhelm Schnyder keinen Finger zur Einhaltung der Restwassermengen gemäss Gewässerschutzgesetz gekrümmt hat. Raboud ist Maschinen-Ingenieur und hat am Paul Scherrer Institut (PSI) mit dem Thema "Heliumgekühlte Reaktoren" doktortiert. Und folgerichtig ist er von den Atomkraftwerken überzeugt. "Atomkraftwerke sind ein notwendiges Übel, wie der Militärdienst auch. Sie sind keine Konkurrenz zur Wasserkraft, sondern eine sinnvolle Ergänzung." Ganz neu ist seine Behauptung, dass "das Problem der radioaktiven Abfälle gelöst ist." Den Solar-

strom sieht der oberste Wasserkraftbeamte im Sonnenkanton Wallis bloss "für Alphütten und zum Betrieb von Viehhüttern." Übrigens: Seit mehr als zwei Jahren ist nun das Walliser Energiedepartement fest in SP-Hand; zuerst von Peter Bodenmann und jetzt von Thomas Burgener. Und Raboud ist immer noch im Amt.

### Arbeitsgruppe "Walliser Ökostrom"

Nicht nur was die Personalpolitik anbelangt, müsste jetzt Staatsrat Burgener schalten, sondern auch im Hinblick auf die Positionierung der Wasserkraft im zukünftigen Strommarkt. Die Bildung einer "Arbeitsgruppe Ökostrom" ist nun dringend notwendig. Diese muss zur Aufgabe haben, die Marktchancen abzuschätzen, um anschliessend konkrete Massnahmen und Akteure zu bestimmen. Hierzu ist das bereits vorhandene Forschungswissen an der Hochschule St. Gallen und der ETH einzubeziehen und wallisspezifisch zu ergänzen. Ein erstes Projekt kann der Kanton Wallis schon heute lancieren. Die WEG, welche zu 51 Prozent im Besitz des Kantons ist, verkauft 250 GWh Strom zu Preisen von weniger als 2,5 Rappen auf dem Spotmarkt. Dieser Strom stammt vor allem aus Laufkraftwerken, die vielerorts die

Bäche trockenlegen. Mit der sofortigen Sanierung der Kraftwerke wird zwar die Produktion um rund 30 - 50 GWh reduziert. Doch die Mindereinnahmen können mit einem höheren Preis wieder kompensiert und übertroffen werden.

Schon einmal war es im Wallis rentabler, überschüssige Tomaten in die Rhone zu werfen statt sie zu verkaufen. Wieso soll dieses Marktgesetz nicht auch für Strom aus der Wasserkraft gelten. Die Überproduktion an Wasserkraftstrom fliesst in Form von Restwasser in die Rhone und erhöht gleichzeitig die Qualität des Produktes. Mengenbeschränkung und Qualitätssteigerung führen zu höheren Preisen. Was als glaubwürdige Werbekampagne für Walliser Ökostrom in die Stuben Europas gelangt, wäre gleichzeitig eine Imageverbesserung für den Walliser Tourismus.

### Nationalrat Simon Epineys trauriges Doppelspiel

Niemand personifiziert die widersprüchliche Walliser Haltung besser als der CVP-Nationalrat Simon Epiney aus dem Unterwallis. Als es um höhere Wasserzinsen ging, hat er an nationalen Pressekonferenzen die Atom-Haie angeprangert, welche von der Wasserkraft Milliarden abzwicken. Die Zahlen stammten von der Schweizerischen Greinastiftung. Die Erhöhung der Wasserzinsen wurde mit Unterstützung der Linken und Grünen vom Parlament angenommen. Ende August trat nun Simon Epiney mit der Gründung einer Vereinigung "acqua nostra" vor die Presse und hat damit seinen Ständeratswahlkampf eingeläutet. Epiney wird Präsident von "acqua nostra," welche sich als Gegenlobby zu den Umweltverbänden sieht und sich gegen die Unterwanderung der Bundesstellen durch Umweltschützer einsetzen will. Die starke Vertretung der Elektrizitätswirtschaft im Vorstand deutet darauf hin, dass "acqua nostra" den Vollzug des Gewässerschutzgesetzes in bezug auf die Restwassermengen verhindern will. Dass im Vorstand auch der Hofjurist der Atomstrombatterie Grande Dixence sitzt, scheint den Atomgegner Epiney nicht zu stören. An Epineys Seitensprünge sollten die Linken und Grünen in Zukunft denken, wenn er und seine Getreuen wieder mit der hohle Hand und leeren Hosentaschen aufkreuzen. □